

Stephan Linck

Versöhnung über den Gräbern – die Gedenkstättenarbeit in Ladelund¹

Prolog

In der Nacht zum 1.10.1944 wurde ein Wehrmachtsfahrzeug von niederländischen Partisanen beschossen. Dabei kam ein deutscher Offizier ums Leben. Daraufhin befahl der Wehrmachtsoberbefehlshaber der Niederlande, General der Flieger Friedrich Christiansen am 2.10.1944 die männliche Bevölkerung des nahegelegenen Ortes Putten gefangen zu nehmen und zu verschleppen. Die Frauen, Kinder und alten Menschen sollten vertrieben werden und das Dorf niedergebrannt werden. Insgesamt wurden 660 Männer verschleppt. Alleine im KZ-Außenlager Ladelund kamen 111 ums Leben, nur 49 Männer überlebten die deutschen Konzentrationslager.

Gesamtzahl der verschleppten Männer	660
Freigelassen in Amersfoort	59
Deportiert nach Neuengamme	601
Unterwegs aus dem Zug gesprungen	13
Angekommen in Neuengamme	589
Nach der Befreiung zurück gekehrt	48
In deutschen KZs ums Leben gekommen	540
Erschossen während der Razzia	8
Kurz nach der Rückkehr gestorben	5
Gesamtanzahl der Opfer	553

Tabelle 1: Die Toten von Putten

Die Gemeinde Ladelund ist eine kleine Gemeinde im damaligen Kreis Südtondern wenige Kilometer von der dänischen Grenze entfernt. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte der Ort 846 Einwohner und 754 Flüchtlinge, wie der Bischof in seinem Visitationsbericht 1948 unterschied. Dort heißt es weiter:

¹ Bei dem Beitrag handelt es sich um Ausschnitte aus zwei Kapiteln der Forschungsarbeit *Die nordelbischen Landeskirchen, ihr Umgang mit der NS-Vergangenheit und das Verhältnis zum Judentum 1945-1990*.

„Die Bevölkerung der Gemeinde zeigt rein ländlichen Charakter. Dabei überwiegt die Gruppe der selbständigen Hofbesitzer und Siedler. Handwerker und Kaufleute sind der Bevölkerungszahl entsprechend in der Gemeinde vertreten. Zur Beamtenschaft zählen 9 Lehrer an 3 Schulen, 2 Landjägerposten und 27 in der Gemeinde stationierte Zollbeamte.“

Das Besondere, das diesen Ort ausmacht ist mit der Person von Johannes Meyer verbunden.

1. 1944-1958: Pastor Johannes Meyer

Meyer war ein Dithmarscher, 1896 als Bauernsohn in Albersdorf geboren. Er besuchte die Oberschule in Heide, hatte also keinen Gymnasialabschluss. Als der Erste Weltkrieg begann, meldete er sich kriegsfreiwillig, kämpfte als Infanterist an der Westfront, der Ostfront und auf dem Balkan. Als das Deutsche Reich den Krieg verloren hatte, ging er zum Grenzschutz Lublinitz, einer Art Freikorps, nach Oberschlesien und wurde im Februar 1919 entlassen. Meyer trat danach in das Predigerseminar in Kropp ein, um in den Missionsdienst zu gehen, gleichzeitig wurde er Mitglied der „Orgesch“, der Organisation Escherich, die aus einem Freikorps hervorgegangen war. Nach ihrem Verbot 1921 wurde er Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und des Stahlhelms.

Im Juni 1921 heiratete er Anna, geb. Kruse, eine junge Kropperin. Acht Monate später wurde das erste von drei Kindern geboren. Nachdem es ihm nicht möglich war, in die Mission zu gehen, arbeitete er zeitweise als Reisesekretär und bewarb sich schließlich erfolgreich auf eine Pfarrstelle der Ev.-luth. Freikirche in Eydtkuhnen, Kreis Stallupönen, an der Grenze des nördlichen Ostpreußen. 1928 wechselte er zur NSDAP, wurde 1930 fast – wie mit Anerkennung in seiner Personalakte vermerkt wurde –

Spitzenkandidat der NSDAP zum Kreistag und war persönlich mit dem ostpreußischen Gauleiter Erich Koch bekannt.

1931 wiederum bewarb sich Meyer auf die Pfarrstelle in Demmen/Mecklenburg, eine Gemeinde, in der es Streitereien mit seinem Vorgänger gegeben hatte, die zu zahlreichen Kirchenaustritten geführt hatten. Meyer glättete die Wogen und bewarb sich nach der Beendigung der Auseinandersetzungen auf eine Pfarrstelle in seiner Heimat Schleswig-Holstein. Dabei unterstützte ihn der aus Schleswig-Holstein stammende Mecklenburgische Landesbischof D. Heinrich Rendtorff, der damals noch starker Parteigänger der Nationalsozialisten war. Im Dezember 1933 wurde Meyer auf die Pfarrstelle der Gemeinde Schwabstedt bei Husum eingeführt. Auch hier zeigte er seine nationalsozialistische Gesinnung. So enthält seine Personalakte einen Bericht der Husumer Nachrichten über die Vereidigung von 300 Parteigenossen auf der er als „Pg.“ sprach:

„Dem gewaltigen Erlebnis vom Januar 1933 stellte er das furchtbare Geschehnis vom 30. Juni 1934 entgegen, das uns blitzlichtartig zeigte, wie sich in einen gewissen klelnen [!] Kreis schon wieder das Gift des Großkapitals und der Internationale hineingefressen hatte.

Hitlers ganze Größe und Stärke habe sich in dieser erschütternden [!] Situation wieder gezeigt und bewährt. [...]. Keine 120prozentige Nationalsozialisten brauchten wir zu sein, sondern nur schlichte treue gläubige Nazis!

Wir seien ja all verbildet gewesen, nur Hitler sei der natürliche Germane geblieben. So einfach sei das Programm der NSDAP, so einfach, dem geraden germanischen Empfinden entsprechend der Begriff Nationalsozialist, daß jeder, der es erst begriffen habe, plötzlich ausrufen müsse: `Dat bin ick doch immer all wen!` Nur ganz einfach, ganz natürlich müssen wir werden!

Einen glänzenden, die Herzen aufrüttelnden Rück- und Ausblick gab Pg. Meyer, bei dem man es in jedem Worte spürte, daß er, der sieben Jahre an der Ostgrenze stand, dort Seelsorger der Flüchtlinge aus Sowjetrußland war und die Hölle des Kommunismus dabei fast persönlich vor Augen hatte, die Begriffe Heimat, Vaterland und Führer im Innersten erlebte.

Das Heil Hitler, in das seine wiederholt von Beifall unterbrochene Rede ausklang, fand denn auch stürmischen Widerhall, und spontan wurde das Horst-Wessel-Lied angestimmt. [...].”

Im Jahr 1935 begannen allerdings zahlreiche Beschwerden gegen Meyer. Einerseits wurde ihm von der Sippenkanzlei Nordfriesland vorgeworfen, entgegen der vertraglichen Vereinbarungen die Duplikate der Kirchenbücher nicht abzugeben und bei der Ahnenforschung nicht zu kooperieren. Andererseits wurde ihm vom Propst vorgehalten, die Gemeindeverwaltung nicht ordnungsgemäß zu erledigen. Nachdem Meyer sogar eine Ordnungsstrafe für seine Nachlässigkeiten erhielt, versetzte man ihn im März 1938 auf die Pfarrstelle Ladelund in der benachbarten Propstei Südtondern. In Meyers Rückblick nach dem Krieg war es der zunehmende Gegensatz zu den Nationalsozialisten und der SS, der in ihn Schwabstedt isolierte und mit seiner Familie belastete.

In Ladelund hingegen konsolidierte sich die Situation und Meyer integrierte sich gut in die Dorfgemeinschaft. Er wurde im Herbst 1938 als Reservist in der Sudetenkrise eingezogen und kam im August 1939 zur Flak, aus der er im November wieder entlassen wurde.

Es liegen nur wenige Zeugnisse von Meyer selbst vor. Kirchenpolitisch trat er in Ladelund nicht mehr hervor. Herausragende Bedeutung hat hier die von ihm verfasste Gemeindechronik. Hierin vermerkt er über seinen Amtsantritt:

„Man nahm an, dass durch die Wahl des Pastors Meyer, der Mitglied der N.S.D.A.P. [es folgt die Mitgliedsnr., die nachträglich ausgestrichen wurde. SL] ist, die führenden Kreise der Partei und des Staates wieder der Kirche zuwenden würden. Dies geschah aber leider nicht. Die früher die Gottesdienste und die kirchlichen Veranstaltungen besucht haben kamen weiter und die übrigen verhielten sich passiv. Die kirchliche Arbeit wurde in der bestehenden Art und Weise fortgeführt.“

Für das Jahr 1939 vermerkt Meyer, dass die führenden Nationalsozialisten des Ortes aus der Kirche ausgetreten sind, was aber auf das kirchliche Leben „keinerlei Einfluss“ gehabt hätte. Meyer schließt mit einem Bekenntnis zu Adolf Hitler. Die folgenden Jahre sind ebenfalls mit einem Bekenntnis zum NS-Staat gekoppelt mit Siegesoptimismus verbunden.

Im Krieg wurde ein Sohn im August 1942 als Soldat schwer verletzt, was in der Chronik für 1943 vermerkt wird:

„Der Krieg wird ernster, die Verluste größer. Russland hat uns viel gekostet, aber die Urlauber von der Front sind nach wie vor zuversichtlich. Soll der Chronist ehrlich bleiben, so muß er schreiben, dass eine Kriegsmüdigkeit um sich greift. Unsere Front im Osten geht zurück. Stalingrad !! Dort hat auch unsere Gemeinde ihre Opfer gebracht. In jedem Gottesdienst gedenken wir fürbittend des Führers, des Vaterlandes und unserer tapferen Soldaten. Gott der Herr sei unseren Söhnen Schutz und Schirm. Auch das Pfarrhaus hat seine Opfer gebracht.“

Im Eintrag der Chronik für 1944 wird der Kriegsverlauf noch negativer beurteilt, verbunden mit der Mitteilung über den Tod des zweiten Sohnes. Dennoch enthält auch dieser Eintrag ein Bekenntnis zum NS-Staat. Als der

nationalsozialistische Landesbischof Adalbert Paulsen im Sommer 1944 die Gemeinde besuchte, schrieb er über Meyer:

„Pastor Meyer hat seit seiner Amtszeit in Schwabstedt eine tiefgehende Wandlung durchgemacht. Die Loslösung von der politischen Tätigkeit hatte für ihn eine gute Wirkung. Die Versetzung nach Ladelund und das Scheitern seiner Tätigkeit in Schwabstedt haben ihn in die Besinnung geführt. Zu allem hat er noch schweres Leid zu tragen, da ein Sohn gefallen ist und der andere so schwer verwundet wurde, dass seine Berufsfähigkeit noch unsicher ist. Unter all diesen Erlebnissen sind die guten Anlagen seines Wesens erneut ans Licht getreten, so daß er seiner Gemeinde ein guter Seelsorger wurde.“

Wir können insgesamt davon ausgehen, dass die nationalsozialistische Euphorie Meyers weiter zurücklag. Nach der Landung der Alliierten in der Normandie war die Kriegsniederlage sichtbar nur noch eine Frage der Zeit, auch wenn die Propaganda eine mögliche Kriegswende durch neue Waffensysteme herbeiphantasierte. Mit der Einberufung des Volkssturms hatte das NS-System die Militarisierung der Gesamtgesellschaft durchgeführt und versuchte so, eine Reflexion bzw. Kritik über die Entwicklung zu verhindern. Gleichzeitig radikalisierte sich der Verfolgungsapparat gegenüber der potentiellen Opposition.

2. Das Konzentrationslager Ladelund

Der Bau des sogenannten Friesenwalls ist Ausdruck von beidem. Es wurde eine Verteidigungsanlage in Bau genommen, deren militärische Funktion zumindest rätselhaft war. Entscheidend war hier die Tätigkeit des Baus selbst, dem die restliche Freizeit der Bevölkerung von der Hitlerjugend bis zu alten Reservepolizisten geopfert wurde. Zur Unterstützung der Baumaßnahmen wurden im Herbst 1944 zuerst in Husum-Schwesing und ab

dem 1. November auch in Ladelund Außenstellen des KZ Neuengamme eingerichtet. Unter mörderischen Arbeitsbedingungen wurden die Häftlinge zum Bau der Panzergräben des „Friesenwalls“ herangezogen. Am 16. Dezember wurde das Lager Ladelund wieder aufgelöst. Innerhalb dieses kurzen Zeitraums kamen über 300 der insgesamt 2000 Häftlinge ums Leben.

Hier wurde die Vernichtung durch Arbeit im KZ-System öffentlich durchgeführt und die „Volksgemeinschaft“ spürbar in eine Mittäterschaft gebracht und ihr gleichzeitig die Repression des NS-Staates noch einmal sichtbar drohend vor Augen gebracht. In die Logik dieser Mittäterschaft passt es, dass der Chef des Außenkommandos des KZ Neuengamme, SS-Untersturmführer Hans Hermann Griem, das am Ortsrand von Ladelund eingerichtet wurde, den Pastor mit der Bestattung der zu Tode gekommenen Häftlinge beauftragte. Vielleicht erkannte Pastor Meyer ein Stück weit die erzwungene Mittäterschaft von ihm und dem gesamten Ort, wenn er schrieb:

„Wer soll da einmal die Verantwortung tragen für das, was jetzt geschieht? Einer wird die Verantwortung auf den anderen werfen und doch müssen vor Gott einige für diesen schrecklichen Krieg gerade stehen. [...]. Gott der Herr lasse uns den Tag erleben, an dem die Unschuldigen wieder in Freiheit gesetzt werden und vergebe unserem Volk in Gnaden die Sünde.“

Das Zitat stammt aus der Gemeindechronik, in der Meyer Silvester 1944 im Rückblick die Geschehnisse notierte und sich bemühte als Chronist die Verbrechen im KZ Ladelund der Nachwelt zu überliefern:

„Das Konzentrationslager.

Der Krieg rückt näher und näher. Der Feind steht an den Grenzen des Vaterlandes und hat diese zum Teil überschritten. Auch rechnen mit Landungen aus der Luft und von See her. In der Gemeinde werden

Panzergraben ausgeworfen und Stellungen gebaut. Gott der Herr verschone in Gnaden unsere liebe Heimat und halte die Kriegshandlungen fern!!! Erlöse uns Herr, Herr, unser Gott!

*Eine Mauer um uns baue,
dass dem Feinde davor graue,
er mit Zittern sie anschau.* [Brentano, Kosakenwinter]

Um diese Panzergräbern auszuheben, kam Anfang November ein Konzentrationslager in unser Dorf. Die Sträflinge wurden in den Baracken des Arbeitslagers untergebracht. Was nun unser Dorf erlebte, war derart grauenhaft, dass das Erleben zu schildern einfach unmöglich ist. Wir hatten auch hier, vor allem durch den Londoner Sender, von den K.Z. gehört, aber nie für möglich gehalten, dass die Zustände derart satanisch waren. Unser Dorf war in den Wochen krank. Männer und Frauen weinten, wenn sie den traurigen Zug auf den Straßen sahen. Und wir waren einfach ohnmächtig und mussten dann zusehen.

Was soll ich nun berichten von diesem Lager? Schreibe ich die Wahrheit und bekommt die Gestapo dies zu Gesicht, dann werde auch ich in einem K.Z. zu Tode gequält. Ich werde darum Erlebtes berichten, mag kommen, was da wolle, man soll in späteren Jahren wissen was hier unter den Nazis 1944 möglich war. Was ich nun schreibe, ist die volle Wahrheit. Spätere Generationen mögen es für übertrieben halten, das stimmt nicht, im Gegenteil, unsere Sprache ist zu arm, die geschehenen Greuel nachzuerzählen. – Es wurde Tage vorher gemunkelt, ein K.Z. käme nach hier, um einen Panzergraben von Bramstedtlund bis Humptrup auszuheben.

Und Anfang November kamen 2000 Sträflinge, die im Arbeitslager, wo sonst 200 Männer untergebracht waren, hausen mussten. Bei mir rief gleich am 2. Tage der SS-Führer des Lagers an und fragte, ob der Friedhof Eigentum der Kirchengemeinde oder der politischen Gemeinde sei. Er habe 4 Tote, die

beerdigt werden müssten. Er bat mich, zur Besprechung einmal ins Lager zu kommen.“

Im Folgenden bemühte sich Meyer, sein Erlebtes aufzuschreiben, sowohl Begegnungen mit dem Lagerkommandanten und den Wachen, als auch die Gespräche mit Häftlingen. Genau bemühte sich Meyer die Beerdigungen zu beschreiben, wie eine Dokumentation der Verbrechen, soweit sie sich aus dem Zustand der Leichen erschlossen:

„Nun die Toten, die ich sah, waren abgemagert zu Skeletten. Sie waren in Papiersäcke gehüllt und ca. 16 wurden zur gleichen Zeit mit dem Gespann des Bauern Jens Rasmussen angefahren. Es war oft Regen und diese Papiersäcke waren infolge der Feuchtigkeit, der Ausdünstung, des Blutes und Kotes oft aufgeweicht, und ich sah die nackten Leichen. Sehr, sehr viele waren derart verprügelt, dass ich als Laie sage, sie waren zu Tode geprügelt worden. Am Gesäß, Rücken, Hals und Kopf sah ich besonders oft, dass diese blau und rot unterlaufen waren, auch waren Striemen zu sehen. Zwei oder drei hatten den Genickschuß. Zwei Leichen waren in Decken gehüllt und mit Draht fest verschnürt. Ich sagte den Gefangenen, sie sollten die Leichen aus den Decken wickeln und diese zurückgeben in das Lager. Daraufhin sagte der Fahre (auch Sträfling) und der begleitende SS-Posten, das wäre verboten. Die Leichen sollten unter allen Umständen mit den Decken begraben werden. Ich war machtlos und musste zusehen. Wie mögen diese armen Menschen ausgesehen haben!!! Gott erbarme sich in Gnaden unseres Volkes. Es lädt durch diese Lager eine ungeheure Blutschuld auf sich.“

Während der Wochen, in denen das KZ-Außenkommando in Ladelund lag, widersetzte sich Meyer der Logik der erzwungenen Mittäterschaft. Ihn hinderte nicht die radikalisierte Repressionsdrohung, die die Häftlinge

verkörperten. Er entschied sich stattdessen dafür, ohne offen zu opponieren, Spielräume für Menschlichkeit auszuloten und zu nutzen. Das christliche Begräbnis für die christlichen Häftlinge nimmt hier eine zentrale Rolle ein. In Meyers Handeln mischten sich Scham und Erschrecken über die Konsequenz, dessen, wofür er selbst eingetreten war. Gleichzeitig erlaubte es die Situation nicht mehr, Christentum und Nationalsozialismus als vereinbar anzusehen. Dass Meyer anonym Protestschreiben an Hitler und Himmler verschickte, offenbart seine Hilflosigkeit. Praktisch gab es für ihn in dieser Entscheidungssituation nur die Option des christlichen Handelns, wie gesagt nicht des offenen Bekenntums, sondern des mitfühlenden, vorsichtigen Unterstützens. Wie ihn die Situation überforderte und beschäftigte, wird sichtbar in der von ihm geführten Gemeindechronik. In den Eintragungen mischte sich Chronistenpflicht mit dem Versuch durch das Mitteilen zu verarbeiten. Es erscheint unwahrscheinlich, dass Meyer hier mit Blick auf das nahende Kriegsende berechnend handelte. Seine begeisterte Unterstützung des Nationalsozialismus in der ersten Hälfte der Dreißiger Jahre wird ihm wohl wie den meisten Deutschen kaum noch im Bewusstsein gewesen sein.

3. Die erste Phase der Gedenkstätten- und Versöhnungsarbeit

Bald nach der Niederlage des NS-Staates bemühte sich Meyer um die Gräber der KZ-Toten. Im Herbst 1945 stellte er einen ersten Antrag bei der britischen Militärregierung, eine geordnete Grabstätte zu errichten. Ebenfalls soll es zu einem ersten Kontakt zu Angehörigen der niederländischen KZ-Opfer gekommen sein. So schrieb Meyer an das Landeskirchenamt:

„Ende Januar hatte ich auf Veranlassung des Landratsamtes in Niebüll dem Herrn Oberpräsidenten einen Bericht über das K.Z.Lager Neuengamme, Abg. Ladelund und eine Planskizze des anzulegenden Ehrenfriedhofs

einzureichen. Dies ist am 30. Januar geschehen und ich für eine Abschrift des Berichts bei. [...] Und die Angehörigen aus dieser Stadt haben sich bereits angemeldet um die Gräber aufzusuchen. Diese sollen zuerst das Kreuz sehen, das alles überragt.“

Mit Beschluss des Kirchenvorstandes vom 12.5.1946 wurde schließlich das hierfür vorgesehene Grundstück erworben. Die Kosten von 1600,- RM wurden zur Hälfte vom Kirchenvorstand und zur anderen Hälfte vom Ausschuss ehemaliger K.Z.-Häftlinge getragen. Am 28.5. schließlich schrieb Meyer an die Angehörigen der Toten:

„Menschenworte sind zu armselig und Menschenkraft ist angesichts der großen berechtigten Trauer zu fade. Es ist nur E i n e r da, der in Ihrem Leid Ihnen helfen kann, das ist der, der gesagt hat: Selig sind, die da Leid tragen, denn sie sollen getröstet werden. [...]. Das Grab Ihres Sohnes/Angehörigen ist gut gepflegt. Es blühen viele Blumen darauf.

Eben bin ich dabei, einen Ehrenhain für die im K.Z. Verstorbenen zu errichten. Wenn er fertig gestellt, werde ich Ihnen ein Bild zusenden. Seien Sie überzeugt, dass wir hier Ihre Toten nicht vergessen werden. Über den Gräbern soll ein großes Kreuz errichtet werden, das Kreuz Jesu Christi, des Herrn, der den Tod zunichte gemacht und Leben und unvergänglich Leben an das Licht gebracht hat.

Durch das Verschulden des Volkes, dem ich angehöre, ist das Leid über Sie gekommen. Um der Liebe Jesu Christi willen bitte ich Sie, beim Gebet der 5. Bitte: Und vergib uns unsere Schuld, wie wir vergeben unsern Schuldigern, auch an die zu denken, die so maßloses Herzeleid über Sie gebracht haben.“

Auf dieses Schreiben hin erhielt Meyer zahlreiche Antwortschreiben, die ihn unter Handlungsdruck setzten, da er ein Interesse hervorrief, die Gräber

aufzusuchen. Daraufhin drängte der das Landeskirchenamt in einem neuerlichen Schreiben um Zusage einer Unterstützung:

„Die Nachrichten, vor allem aus Holland und Frankreich mehren sich, in denen die Angehörigen der hier im K.Z. Verstorbenen ihren Besuch der Gräber ankündigen. Ich habe bestimmte Nachricht, dass sobald die Grenze für der(-artige) Besuche geöffnet ist, sofort viel Hinterbliebene eintreffen werden. Unser Dorf legt allergrößten Wert darauf, dass sodann den Angehörigen wenigstens gezeigt werden kann, dass wir den Toten eine würdige Stätte bereiten werden. Wir glauben auch unserem Vaterland einen Dienst zu tun, wenn die Angehörigen nach der Rückkehr in ihre Länder davon berichten können.“

Gleichzeitig machte Pastor Meyer Vorschläge einen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus einzuführen und arbeitete sogar Vorschläge für eine entsprechende Feier in Ladelund aus. Seinen Eingaben war aber keine zügige Bearbeitung beschieden. Angesichts der Bemühungen Pastor Meyers erscheint es zumindest befremdlich, dass sich im Juni 1947 Meyers Name auf einer Liste fand, die die Selbstreinigungskommission der Landeskirche den Briten als Entlassungskandidaten vorlegte. Zu diesem Zeitpunkt waren die Mehrzahl der Verfahren gegen Geistliche, die bereits vor 1933 in der NSDAP waren, eingestellt worden. Hier entsteht zumindest der Anschein, dass die Landeskirche den „Fall Meyer“, der optional internationale Fürsprecher finden konnte, dazu benutzte, den Widersinn der Entnazifizierungsrichtlinien aufzuzeigen und die Besatzungsmacht vorzuführen, um eine Rücknahme der Entlassungen zu erreichen.

Meyer widersprach der Entlassungsverfügung und binnen kürzester Zeit erhielt er nicht nur zahlreiche Persilscheine von Bürgermeistern und Amtsträgern der von ihm im Krieg mit betreuten Kirchengemeinden.

Gleichzeitig sandte der Kirchenvorstand seiner Gemeinde eine Ehrenerklärung der Kirchengemeinde, die von Hunderten von Gemeindemitgliedern unterschrieben war. Darin hieß es u.a.:

„c) daß er den Häftlingen der KZ Einheit Ladelund als Seelsorger und Mensch Hilfe jeder Art geleistet hat, deren Ausführung ihn oft nur unter größten Schwierigkeiten und Gefahren für sich und seine Familie möglich war, d) daß er häufig von der Kanzel herab auf das KZ Unwesen des Antichrist hingewiesen hat und schon deshalb oft um ein Haar selber in das KZ gekommen wäre (...).“

Für die Briten dürfte ein nachgereichtes Begleitschreiben Meyers größere Bedeutung gehabt haben, darin verwies Meyer darauf, in den Curiohaus-Prozessen vorgeladen worden zu sein, einzig weil der Richter ihm den Dank überlebender Häftlinge ausrichten wollte. Die Entlassungsverfügung der Briten wurde – ohne dass es zu einer vorübergehenden Suspendierung gekommen wäre – 1948 rückgängig gemacht. Dennoch ist hier sichtbar geworden, dass das Engagement für die Gräber sich praktisch positiv für Ladelund während der Entnazifizierungsphase auswirkte. Aufschlussreich ist hier der Bericht über die am 17. und 18. Juli 1948 von Bischof Wester vorgenommene Visitation:

„In einer vertraulichen Besprechung erkannte der Kirchenvorstand dieses Mühen, den unermüdlichen Fleiß und die Fürsorge Pastor Meyers für seine Gemeinde an. Er sei in der Gemeinde beliebt und man merke ihm an, dass auch er für seine Ladelunder da sein wolle. Dieses positive Urteil gründet sich nicht zuletzt auch auf den Tatbestand, dass Pastor Meyer seine Gemeinde nachdrücklich und mit Erfolg gegen den Anwurf in Schutz genommen hat, sie sei für das in der Nähe Ladelunds gelegene

Konzentrationslager verantwortlich zu machen. Sowohl das persönliche Verhalten Pastor Meyers gegenüber der Lagerleitung wie auch seine damals vorgenommenen Eintragungen in die Chronik der Kirchengemeinde lassen deutlich erkennen, wie sehr sich die Gemeinde gegen die Unmenschlichkeiten des Lagers zur Wehr gesetzt hat, ohne Entscheidendes erreichen zu können. Pastor Meyer selbst hat den Insassen jede nur mögliche Erleichterung zu verschaffen versucht, aber dadurch das geradezu dämonische Treiben im Lager nicht hindern können.“

Als 1948 die Landesregierung versuchte einen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus einzuführen an dem neben einer zentralen Feier in Kiel in allen Landkreisen Gedenkveranstaltungen durchgeführt werden sollten, wurde für den Kreis Südtondern die zentrale Feierlichkeit nach Ladelund gelegt. Das Landratsamt bat Meyer, eine Rede zu halten und den Kirchenchor „zur Verfügung zu stellen“. Bezeichnend ist die Darstellung des Vorgangs, die Pastor Meyer in der Gemeindechronik gab:

„Am Sonnabend, den 18. September war ein Aufmarsch an den K.Z. Gräbern, veranstaltet von V.V.N. (Verein der Naziverfolgten). Ich wurde gebeten, die Festansprache zu halten und sagte zu, indem ich die Bedingung stellte, dass ich nicht ein Bekenntnis zur Demokratie oder eine Ansprache in politischer oder gar parteipolitischer Färbung zu halten gezwungen werde. Ich betonte, dass ich, wo ich auch immer zu reden gebeten würde, nur als Vertreter der Kirche die Botschaft der Kirche sagen werde. Mich wunderte, dass man darauf einging. Es war dann ein großer Aufmarsch, Vertreter der politischen Parteien, des Landratsamtes, der Regierung und ehemaligen K.Z.ler waren zugegen.“

Im Jahr 1950 kam es schließlich zu einem ersten großen Besuch der Hinterbliebenen aus Putten nach Ladelund. Anlass war die offizielle Einweihung der neuen Gedenkstätte an den Massengräbern. Durch langwierige Bemühungen war es Meyer schließlich gelungen, eine würdige Gestaltung der Anlage finanziert zu bekommen. Nach ihrer Fertigstellung hatte Meyer, wie er bereits 1946 angekündigt hatte, an die Hinterbliebenen Anschreiben mit Fotos der neu gestalteten Grabstätte verschickt. Dies führte zu dem für den Fall der Fertigstellung angekündigten Besuch aus den Niederlanden mit insgesamt 130 Teilnehmenden.

Diese Fahrt war auf niederländischer Seite mit hoher Anspannung geplant worden. Schließlich lag das Kriegsende gerade fünf Jahre zurück. Die juristische Aufarbeitung hatte 1948 mit den Prozessen gegen den kommandierenden Offizier, Oberst Fullriede, und gegen den Wehrmachtsoberbefehlshaber General der Flieger Friedrich Christiansen, kein befriedigendes Ergebnis gebracht (der dritte Hauptverantwortliche beging in der Untersuchungshaft Selbstmord). Fullriede wurde angerechnet, dass er den Befehl zur Zerstörung Puttens nur eingeschränkt umgesetzt habe. Die Strafe von zweieinhalb Jahren Haft wurde mit der bereits erfolgten Haft verrechnet, so dass er bereits 1949 wieder freikam. Christiansen hingegen erhielt als Befehlshaber immerhin zwölf Jahre Haft. Auch wenn man in den Niederlanden die Vorgehensweise der eigenen Justiz grundsätzlich akzeptierte, so hatte es dennoch einen unangenehmen Beigeschmack, dass die Tötung von mehr als 600 Puttenern mit diesen geringen Haftstrafen gesühnt worden war. Immerhin hatte es aufgrund von breiter Berichterstattung in den Niederlanden eine breite gesellschaftliche Unterstützung der Puttener gegeben und erst 1948 gab es gesicherte Renten für die Hinterbliebenen, so dass die ökonomische Not inzwischen gemindert war. Am fünften Jahrestag der Razzia wurde der Trauer in Putten ein fester Ort gegeben, als die Königin Juliana das von dem Künstler Mari Andriessen gestaltete Denkmal enthüllte.

In das Land der Täter zu reisen, war hochgradig belastet und die Puttener hatten darauf bestanden, in Dänemark zu nächtigen, um nur tagsüber auf deutschem Boden zu sein. Die Aufnahme in Ladelund jedoch führte zu einer Öffnung. Der sorgsam geplante gemeinsame Gottesdienst, die Predigt Pastor Meyers und die gepflegte Grabanlage veränderten die Atmosphäre während des Besuchs. Am Ende gab es eine hohe Anerkennung der Puttener für Pastor Meyer, der für das Folgejahr nach Putten eingeladen wurde. Gleichzeitig berichtete die niederländische Presse umfangreich und positiv über den Besuch. Das Jahr 1950 markiert mit der offiziellen Gründung der Gedenkstätte zugleich auch den ersten Höhepunkt der Versöhnungsarbeit in Ladelund.

Im folgenden Jahr kam Pastor Meyer der Einladung der Gäste zu einem Besuch nach Putten zusammen mit seiner Frau und Tochter nach. Dieser Besuch wurde wie bereits der Ladelund-Besuch intensiv von der niederländischen Presse begleitet. In einem von Auswärtigen Amt angeforderten Bericht beschrieb Meyer seine Erlebnisse:

„Mit Schlagzeilen und Bildern brachte die Presse, zum Teil auf der ersten Seite, meinen Besuch. Die in Amsterdam erscheinende Tageszeitung „Trouw“ brachte in ihrer Ausgabe vom 26. April das Bild, auf dem der Bürgermeister mir in der Kirche den Pokal überreicht und schreibt dazu: „Pastor Meyer aus Ladelund sprach in Putten. Ergreifender Gottesdienst der Ref. Kirche. [...]. Ich bin dann in viele Häuser gegangen, um die Witwen zu begrüßen. So ist in der Hauptstrasse des Dorfes, der Dorpstraat, fast kein Haus, in dem nicht eine Witwe wohnt. [...] In j e d e m Haus bin ich als Deutscher überaus freundlich empfangen worden und ich habe k e i n Wort der Anklage gegen mein Volk gehört. [...] Es ist darum bald ein Wunder zu nennen, dass ich als Deutscher eingeladen wurde und überall als Gast aufgenommen wurde.“

Meyer besuchte aber nicht nur die Hinterbliebenen. Auf Bitte von Bischof Wester hin besuchte er auch die inhaftierten deutschen Kriegsverbrecher in Breda, darunter auch Friedrich Christiansen:

„Mit Genehmigung des holländischen Justizministeriums habe ich die sich noch im Gefängnis befindlichen Soldaten besucht. Sie befinden sich in Hught [Vught] in Südholland und leben mit verurteilten holländischen Häftlingen zusammen. Ich konnte mich frei im Lager bewegen und mit jedem ohne Zeugen sprechen.

Behandlung und Verpflegung sind nach Aussage der Gefangenen gut und gerecht, vor allem unter dem jetzigen Kommandanten. Der General Christiansen, der vor allem wegen der Vorkommnisse in Putten zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt ist, ist von der Königin begnadigt und wird noch in diesem Monat entlassen, wie er mir berichtete.“

Die begonnene Versöhnungsarbeit hatte sicher ihren Anteil, dass sich in der Frage der inhaftierten Kriegsverbrecher ein verstärktes Entgegenkommen der Niederlande entwickelte: Friedrich Christiansen wurde zum Jahresende 1951 begnadigt und vorzeitig entlassen.

Aber gerade die Umstände dieser Entlassung dürften stark dazu beigetragen haben, dass sich hier die Haltung der Niederlande in den folgenden Jahren stark veränderte. Wie in anderen Ländern hatte auch in den Niederlanden die Aufnahme freigelassener Kriegsverbrecher in ihrer Heimat starke (mediale) Beachtung gefunden. Dass Verbrecher in Deutschland wie Helden begrüßt wurden, wies nicht auf eine Auseinandersetzung der Deutschen mit den NS-Verbrechen hin. Im Fall Christiansen ging seine Heimatstadt Wyk auf Föhr aber noch weiter, indem sie die Große Straße im Zentrum wieder nach ihrem Ehrenbürger benannte – die Große Straße hatte

seinen Namen bereits von 1918-1945 getragen – und eben diese Ehrenbürgerschaft Christiansen erneuerte.

In der Folge veränderte sich die Freilassungspolitik der Niederlande. Hier spielten verschiedene Faktoren eine Rolle, das überheblich-unsensible Agieren des Auswärtigen Amtes wurde ebenso als herausragend klassifiziert, wie die notorische Weigerung in Deutschland die Kriegsverbrecher als solche zu bezeichnen – in Deutschland sprach man durchgängig von Kriegsgefangenen. Dennoch markiert speziell der Umgang mit Christiansen einen Stimmungsumschwung in den Niederlanden. Schließlich wurden die Niederlande zu dem Staat in Westeuropa, in dem deutsche Kriegsverbrecher die mit Abstand längsten Haftstrafen verbüßen mussten. Die letzten deutschen NS-Verbrecher wurden 1989 freigelassen und waren damit die weltweit am längsten inhaftierten NS-Verbrecher.

	1.4.19	15.12.19	15.12.	1.12.19	20.5.19	29.5.19	25.6.19
	50	50	51	53	54	55	56
Frankreich	867	671	331	168	130	64	26
Niederlande	218	112	83	63	59	51	32
Belgien	126	73	30	4	5	5	4
Dänemark	53	23	14	4	-	-	-
Norwegen	51	60	26	-	-	-	-

Tabelle 2: Zahl inhaftierter deutscher NS-Verbrecher in westeuropäischen Gewahrsamsländern (1950-1956) aus Führer, Nachspiel.

Die Versöhnungsarbeit in Ladelund hatte eine starke niederländische Resonanz. Diese speiste sich aber weitgehend aus dem Bewusstsein der Einzigartigkeit der Ladelunder Arbeit bzw. Gemeinde in Deutschland. Ladelund wurde als etwas Besonderes wahrgenommen, weil man es in den Niederlanden als untypisch für Deutschland sah. Gerade dies sicherte umso mehr Aufmerksamkeit. Als nach der großen Nordseeflutkatastrophe 1953 (der sogenannten Holland-Sturmflut) die Ladelunder lasen, dass Putten

schwer betroffen sei, begann die Gemeinde sofort Unterstützungsangebote für „ihr“ Putten zu organisieren. Von der Flut war aber nicht die Gemeinde Putten im Gelderland, sondern vielmehr die gleichnamige (ehemalige) Insel betroffen. Dennoch berichteten sämtliche niederländischen Zeitungen über die Ladelunder Hilfsbereitschaft und Pastor Meyer erhielt ein Danktelegramm des niederländischen Ministerpräsidenten.

Die Resonanz innerhalb der (Landes-)kirche hingegen blieb überschaubar. Man nahm die positive Funktion von Meyers Arbeit wahr. Eine weitergehende Resonanz hingegen erhielt seine Arbeit nicht. So wurde er zwar nach seiner Fahrt 1951 gebeten, hierüber im Pastorenkonvent der Propstei zu berichten, in der kirchlichen Presse hingegen wurde niemals über die Ladelunder Arbeit berichtet. Ab Mitte der 1950er war Pastor Meyer mehr und mehr gesundheitlich angeschlagen und reichte schließlich ein Gesuch auf vorzeitige Versetzung in den Ruhestand ein und wurde 1958 nachdem er seinen Nachfolger eingeführt hatte, emeritiert. Der Wechsel im Pfarramt von Ladelund fällt in die Anfangszeit des Paradigmenwechsels in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik. Mit dem Beginn des Ulmer Einsatzgruppenprozesses und der Einrichtung der zentralen Stelle zur Ermittlung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg begann ein Wandlungsprozess in der Wahrnehmung der NS-Verbrechen in der Bundesrepublik. Nachfolger Meyers wurde der junge Pastor Harald Richter.

4. 1958-1992: Pastor Harald Richter

Der am 27. Mai 1927 in Böel, Kreis Schleswig, geborene Harald Richter war Pastorensohn mit einer ungewöhnlichen Vita: Er war lange Schüler der nationalpolitischen Erziehungsanstalt gewesen, einer Kadenschmiede der Nationalsozialisten. Als Napola-Schüler hatte er sogar das KZ Dachau besichtigt. Das Ende des NS-Staates hingegen hatte den begeisterten

Nationalsozialisten desillusioniert. Das Kriegsende selbst erlebte er als Erweckungserlebnis:

„Später erst – als Soldat erkannte ich das grausame Antlitz der Macht, auf die ich mich in bestem Glauben gestützt hatte. Im Zusammenbruch der staatlichen Macht und in meiner bittersten Bedrängnis lernte ich, allein auf den Herrn zu schauen.

Nachdem Ende April unser Regiment von den Russen, die in Richtung Berlin vorstießen, überrannt und aufgerieben war, gelang es mir, mit Gottes Hilfe, in fünf Wochen Fußmarsch von der Oder bis nach Haus zu kommen und so der russischen Gefangenschaft zu entgehen. In jenen fünf Wochen, in denen der Tod mir gegenüberstand, habe ich erfahren dürfen, dass der Herr mir nahe war. Die Wirklichkeit des Heilandes wurde mir stärker als die des Todes – und alles Gedankliche, das mich vorher gehindert, fiel von mir ab.“

Nach dem Abitur studierte Richter Theologie und fing bereits im Studium an, sich politisch zu engagieren. Er kämpfte für die Wiedervereinigung und gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und schloss sich der neu gegründeten Gesamtdeutschen Volkspartei unter Gustav Heinemann an. Dort wurde er sogar Mitglied des Bundesvorstands. Richter war also jemand, für den das Amt der Verkündigung nicht im Widerspruch zum öffentlichen Auftreten im gesellschaftlichen Diskurs stand. Und er vollzog nicht den Paradigmenwechsel, sondern hatte ihn bereits vollzogen.

5. Die zweite Phase der Gedenk- und Versöhnungsarbeit

Harald Richter beschrieb seinen Weg nach Ladelund als Zufälligkeit: Er erfuhr erst dort von dem einstigen KZ und den Gräbern. Richter übernahm die Verantwortung, die mit der Grabanlage und Gedenkstätte verbunden war. Als die Pfarrstelle nach einem halben Jahr Übergangszeit auf ihn übertragen

worden war, kam eine Delegation aus Putten und wollte die niederländischen Toten exhumieren und in die Heimat überführen. Richter kämpfte darum, dass keine Leichen exhumiert würden. Er sicherte die Grabpflege, führte die Kontakte nach Putten fort und übernahm den Rhythmus der Gedenkveranstaltungen in Ladelund. Gleichzeitig bemühte sich Richter, einen Austausch der Evangelischen Jugend seiner Kirchengemeinde mit Putten in Gang zu setzen. Auch wenn die Versöhnungstreffen inzwischen eine Regelmäßigkeit hatten, war dies wiederum ein Schritt, der auf niederländischer Seite auf große Vorbehalte stieß.

Als im am 4.11.1962 ein Propsteijugendsonntag der ev. Jugend Südtondern in Ladelund stattfand, wurden verschiedene Überlebende eingeladen und das KZ und die Geschichte der Razzia in Putten thematisiert. An dem Treffen nahmen 200 Jugendliche und 22 Holländer (darunter ein Überlebender von Ladelund) teil. Die darauf folgende Diskussion führte zu dem Beschluss der Evangelischen Jugend, im Folgejahr eine Sühnefahrt nach Putten zu unternehmen, die im Juli 1963 mit 30 Jugendlichen durchgeführt wurde. Sie wurde mit 1200,- DM von den Kirchengemeinden der Propstei und 1200,- vom Land finanziell unterstützt.

Als 1964 ein Gegenbesuch der Evangelischen Jugend aus De Bilt (wo Jap van Leuwen, einer der wenigen Überlebenden Puttener wohnte) unter Leitung von Theologieprofessor Dr. Bjijsma stattfand, wurden für die Reisegruppe zahlreiche Ausflüge in Schleswig-Holstein organisiert. Unter anderem standen Besichtigungen der Halligen und der beiden zur Propstei gehörenden Inseln auf dem Programm. Der Besuch sollte ausdrücklich „die Politik“ außen vor lassen und die Organisation des Programms lässt tatsächlich vermuten, dass es nur ein Zufall war: einige offenbar uninformierte Jugendliche der Reisegruppe entdeckten beim Bummel durch die Föhrer Inselhauptstadt die Friedrich-Christiansen-Straße. Die persönliche Augenscheinnahme war Anlass für eine neuerliche öffentliche Kritik in den

Niederlanden am deutschen Umgang mit NS-Verbrechern, auf die noch näher eingegangen werden soll.

Für die Öffnung der Niederländer für weitergehende Partnerschaften hatte es aber eine große Bedeutung, dass die Ladelunder Kirchengemeinde hier eine scharfe Kritik an der Stadt Wyk geäußert hatte. Der Austausch auch und gerade der Jugendbegegnungen konnte in den folgenden Jahren intensiviert werden. Gerade die Praxis der privaten Quartiersvermittlung bei diesen Besuchen führte dazu, dass eine Vielzahl privater Familienfreundschaften entstanden, die über die Generationen weitergegeben wurden und bis heute anhalten. Hieraus entwickelte sich ein Stamm von Personen, die der Versöhnungsarbeit Kontinuität gaben.

Wie bereits angedeutet war die Ehrung für den Wehrmachtsbefehlshaber Friedrich Christiansen in Wyk auf Föhr in den 1950ern in den Niederlanden für die einen Grund, eine Annäherung zu Ladelund abzulehnen, für die anderen Beleg, dass die Gemeinde Ladelund die einzige Ausnahme in Deutschland darstellte. Richter war im Gegensatz zu seinem Vorgänger bereit, sich in den Gegensatz zur restlichen Gesellschaft zu stellen, wenn es die Wahrhaftigkeit und seine Glaubwürdigkeit forderten. Er erkannte den direkten Zusammenhang zwischen den Ladelunder Gräbern und der Wyker Einkaufsstraße. Im Vorfeld ihrer Sühnefahrt wandte sich Richter im Auftrag der Evangelischen Jugend an die Stadt Wyk mit der Forderung, die Friedrich-Christiansen-Straße umzubenennen. Erstaunlicherweise ließ sich Richter, nachdem er die Stadt Wyk kritisiert hatte, bei einem Treffen auf Föhr im Juli 1963 auf ein Stillhalteabkommen ein. Bei diesem Treffen verteidigten sich die Stadtvertreter damit, keinerlei offizielle Kenntnis von etwaigen Verbrechen Christiansens zu haben. Man kenne ihn nur als Fliegerhelden. Daraus entwickelte sich eine seltsame Abmachung: Richter sicherte den Vertretern der Stadt zu, von sich aus keine öffentliche Kritik zu äußern. Sollte es aber zu einer öffentlichen Auseinandersetzung kommen, so würden die

Wyker Material über die Unrechtstaten Christiansen vorgelegt bekommen. Die Vertreter der Stadt sicherten zu den Straßennamen zu ändern, falls die Prüfung des Materials Unrechtstaten Christiansens belege.

Richters Prognose bestätigte sich bereits 1964: Nicht nur dass die oben genannte niederländische Reisegruppe über den Straßennamen stolperte, auch eine neuerliche Ehrung erregte öffentlich Aufmerksamkeit. Anlässlich der 7. Wyker Flugtage bekam Christiansen die Ernst-Udet-Plakette der Stadt Wyk sowie die Daedalus-Plakette des Deutschen Aero-Clubs überreicht. Daraufhin forderte die Internationale Lagergemeinschaft des KZ Neuengamme die Stadt Wyk auf, die Ehrungen Christiansen rückgängig zu machen. Der Skandal mündete schließlich in die vergebliche öffentliche Aufforderung des CDU-Innenministers Schlegelberger an seine Parteifreunde in Wyk, die Straße umzubenennen. An diesem Punkt gab es auf den Skandal auch eine überregionale Pressereaktion in Deutschland. So berichtete die FAZ am 7.10.1964 ausführlich unter der Überschrift „Gefährdete Versöhnung“ über den Vorgang.

Am 30.10 tagte die Stadtvertretung von Wyk und erklärte, keine Kenntnis von Unrechtstaten Christiansens zu haben. Daraufhin erhielten die Wyker am 23.12.1964 aus den Niederlanden und am 22.4.1965 vom Kieler Innenministerium Unterlagen, die Verbrechen und Mittäterschaften Christiansens belegten. Erst im Sommer 1966 wurden die Unterlagen im Rathaus ausgelegt und angekündigt, dass sich die Stadtvertretung danach wieder mit der causa Christiansen beschäftigen werde. Das Material belegte die Verantwortung Christiansen für die Razzia in Putten, seine Tätigkeit als Beisitzer im Volksgerichtshof und seine Bestätigung von Deportationen von Juden. Hiermit wurde die für Schleswig-Holstein übliche Verdrängung durchbrochen. Sonst negiert man die NS-Verbrechen und weigerte sich, diese zur Kenntnis zu nehmen. Nach der Auslegung wollte man in Wyk die Konsequenzen ziehen, sollten Christiansen nach deutschem Recht gültige

Rechtsbrüche nachgewiesen werden – so war die Abmachung mit Pastor Richter. Aber der Magistrat setzte – inzwischen hatte sich die öffentliche Erregung gelegt – das Thema einfach nicht auf die Tagesordnung der Stadtvertretung.

Erst 1980 gelangte die Christiansen-Ehrung wieder auf die Tagesordnung. Hintergrund war eine Serie über Friedrich Christiansen, die der Inselbote anlässlich des 100. Geburtstags Christiansens ab dem 12.12.1979 herausbrachte. Daraufhin erschien ein Leserbrief, in dem auf die Verantwortlichkeit Christiansen für das Verbrechen von Putten hingewiesen wurde. In den folgenden Woche erfolgte eine scharfe Auseinandersetzung auf Föhr. Hier war es der Bürgermeister, der sowohl den „Wortbruch“ der Wyker von einst aufdeckte, als auch sich intensiv für eine Umbenennung der Friedrich-Christiansen-Straße einsetzte. Als das Thema schließlich am 20. März in der Stadtvertretung diskutiert wurde, verweigerten CDU und Wählergemeinschaft dennoch ihre Zustimmung zur Umbenennung. Hierdurch wurde der Skandal erneut überregional publik. Gleichzeitig entstand auf der Insel eine Initiative zur Umbenennung unter maßgeblicher Beteiligung der Wyker Kirchengemeinde und suchte den direkten Kontakt nach Putten, um sich von der Mehrheit ihres Ortes zu distanzieren. Nach mehrmonatiger Diskussion kam der Punkt erneut auf die Tagesordnung. Diesmal enthielt sich die Mehrzahl von CDU und Wählergemeinschaft der Stimme, so dass die Umbenennung mit den Stimmen der SPD beschlossen wurde.

Auch wenn im Fall Friedrich Christiansens die Ladelunder Versöhnungsarbeit direkt mit der Auseinandersetzung mit den Tätern verknüpft war, so steht der Umgang mit den Zeugnissen der Verbrechen doch in starkem Kontrast. Trotz wiederholter Mahnungen der Überlebenden-Vereinigungen wurde die Hinterlassenschaft des einstigen KZ nicht gesichert. Nachdem es lange Zeit als Flüchtlingsunterkunft gedient hatte, wurden die

Gebäude nach und nach abgerissen bis das letzte 1970 beseitigt wurde. Das Bewahren der Erinnerung konzentrierte sich auf die positiv besetzte Hinterlassenschaft, die Gedenkstätte mit den Gräbern. Dies änderte sich erst Anfang der 1980er Jahre, als in Schleswig-Holstein neue Initiativen sich mit den konkreten Verbrechen des Nationalsozialismus und ihren Orten beschäftigten.

Für Ladelund war es der Historiker und Geschichtslehrer Jörn-Peter Leppien, der mit seinen Schülern der Auguste-Viktoria-Schule im Rahmen eines Projektes eine Ausstellung erarbeitete, die die Geschichte des Lagers rekonstruierte. Erst in der Folge der Ausstellung geriet wieder das konkrete Geschehen der Verbrechen in den Vordergrund und wurde in den Folgejahren Bestandteil der Versöhnungsarbeit. Hieraus entwickelte sich das Bewusstsein, über die Gedenkstätte hinaus ein Angebot zu schaffen, durch das der Gedenkort gleichzeitig zum Ort Vermittlung und des Lernens werden sollte. Schließlich entstand 1989 das Dokumentenhaus, in dem die auf Grundlage der einstigen Schülerarbeit eine Dauerausstellung über die Geschichte des KZ Ladelund informierte. Als Harald Richter 1992 in den Ruhestand ging, übernahm er befristet die Weiterführung der Gedenkstättenarbeit. 1995 schließlich wurde eine Stelle ausschließlich für die Arbeit der Gedenkstätte Ladelund eingerichtet.

6. Die Gedenkstättenarbeit und die (Landes-)Kirche

Im November 1964 berichtete die *Kirche der Heimat* erstmals über Ladelund: in der zweiten Novemberausgabe wurde auf einer Seite ausführlich über die Versöhnungsarbeit in Ladelund berichtet. Der nicht ausgesprochene Anlass war der 20. Jahrestag der Razzia in Putten und die Kranzniederlegung zum Volkstrauertag, die durch den Landtagspräsidenten persönlich vorgenommen wurde. Zur Begründung hieß es in einem Schreiben an die Gemeinde:

„Er wählte in diesem Jahr die Grabstätte des Konzentrationslagers Ladelund, um damit Missdeutungen vorzubeugen, die im Zusammenhang mit dem kürzlich aus aktuellem Anlass stattgefundenen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit möglich wären.“

Der Bericht der Kirche der Heimat stand zwar zeitlich in eindeutigen Kontext mit der Auseinandersetzung um die Friedrich-Christiansen-Straße in Wyk. Eben diese wurde hier aber verschwiegen. Der Fokus lag auf „Versöhnung“ und einer Beschreibung der Razzia in Putten, ohne dass der Name Christiansen benutzt wurde. Dies entsprach einer Linie der Landeskirche: die versuchte Intervention des CDU-Innenministers gegenüber seinen Parteifreunden auf Föhr hatte kein Gegenstück im kirchlichen Bereich. Es ist kein Hinweis zu finden, dass von Seiten der Landeskirche auf die Kirchengemeinde in Wyk Einfluß genommen wurde, in der Frage der Christiansen-Ehrungen kritische Position zu beziehen. Im Gegenteil: seit 1947 war durchgängig der Chefarzt des Wyker Krankenhauses Dr. Friedrich Schulz Mitglied der schleswig-holsteinischen Landessynode, lange Zeit stellvertretender Synodenpräsident, und in den 1950er Jahren Mitglied der Kirchenleitung. Schulz war gleichzeitig jahrzehntelang im Kirchenvorstand der Wyker Kirchengemeinde. Die CDU der Insel Föhr war von ihm mitbegründet worden und er war bis in die 1960er Jahre Vorsitzender der Bezirksgruppe Föhr-Amrum der CDU. Die fehlende Parteinahme der Kirchenleitung – so muss angenommen werden – war tatsächlich eine Parteinahme zugunsten ihres Mitglieds Schulz, der offenbar zu den Unterstützern Christiansens zählte!

Dennoch sollte der Bericht als Wendemarke im Verhältnis der Landeskirche zur Arbeit in Ladelund bewertet werden. Immerhin war es der

erste Bericht in einem kirchlichen Publikationsorgan seit Neugründung der kirchlichen Presse, der die Gedenkstättenarbeit in Ladelund thematisierte!

Abgesehen von den politischen Gründen, dürften hier aber auch innerkirchliche Gründe eine Rolle für den Bericht gespielt haben. Auf diese Weise stellte die Landeskirche gegenüber der EKD dar, dass Schleswig-Holstein nicht das Schlusslicht in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit war. Parallel liefen die Vorbereitungen für den Bau der Versöhnungskirche auf dem Gelände des einstigen KZ Dachau, deren Grundsteinlegung zum 20. Jahrestag des Kriegsendes im Mai 1965 stattfand.

7. Pastor Richter und die Politik

Harald Richter führte aber gleichzeitig sein politisches Engagement fort. Aus einem Wahlaufruf von Pastoren 1962 wurde eine harte Auseinandersetzung innerhalb der Landeskirche, an deren Ende schließlich die Kirchliche Bruderschaft entstand, der Richters Freund Pastor Christian Dethleffsen vorstand. Als Ende der 1960er mit der NPD wieder eine rechtsradikale Partei entstand, zählte Richter zu den Initiatoren der „Demokratischen Aktion gegen Restauration und Neofaschismus?“, die sich für ein Verbot der NPD einsetzte und wurde ihr erster Sprecher. Das Landeskirchenamt lud ihn daraufhin zu einem Gespräch ein. Hier wurde sichtbar, dass man solch ein pastorales Selbstverständnis ablehnte. Gleichzeitig war man sich aber bewusst geworden, dass eine öffentliche Maßregelung oder gar dienstrechtliches Vorgehen kontraproduktiv gewirkt hätten. Richter nahm die Kritik zur Kenntnis, sagte zu, den Sprecherposten in Zukunft weiterzugeben und organisierte ohne Berührungängste gegenüber der APO und der kommunistisch identifizierten VVN mit Teilen seiner Kirchengemeinde Anti-NPD-Kundgebungen in der Region.

Sein Politikstil unterschied sich aber wesentlich von den genannten Gruppen: Als NPD-Vertreter eine Verleumdungsklage androhten, weil er die

NPD als Nazi-Partei bezeichnet hatte, lud er den Landesvorstand der Partei in sein Pastorat nach Ladelund ein, um vor den NPD-Leuten, seine Behauptung zu begründen. Unter Anwesenheit zahlreicher Gemeindeglieder führte er den Disput mit den NPD-Leuten und begründete ihnen seine Auffassung. Von einer Klage sah die NPD daraufhin ab.

Mitte der 1970er wiederum zählte Harald Richter zu den Gründern von Christen für die Abrüstung, einer Initiative, die 1976 von dem Ueternser Pastoren Konrad Lübbert initiiert worden und damit deutlich vor dem Nato-Doppelbeschluss im Dezember 1979 Akzente setzte.

Harald Richter mied es zeitlebens, sich als „links“ zu positionieren und bemühte sich immer wieder, seine Vorstöße in die „kirchliche Mitte“ zu kommunizieren. Er war nicht nur in Kreisen aktiv, die als „links“ galten, sondern auch in Netzwerken, wie dem Schmalenbecker Kreis, einem Theologenzusammenschluss, aus dem etliche Pröpste hervorgingen. Diese Verankerung erklärt es, dass Richters Vorstellungen, die er ab den 1980ern auch als Synodaler der Nordelbischen Kirche vertrat, in vielem mehrheitsfähig wurden.

So gelang es ihm die Finanzierung eines Gebäudes für eine Dauerausstellung der Gedenkstätte zu erreichen und schließlich im Zusammenhang mit seiner Emeritierung eine hauptamtliche Stelle für die Gedenkstättenarbeit in Ladelund durchzusetzen.

8. Schluss

Die Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund ist aus einem christlichen Handeln heraus gewachsen, dass – ohne hier etwas idealisieren zu wollen – während der kurzen Zeit des Bestehens des KZ-Außenlagers die Grundlagen legte, für eine Versöhnungsarbeit. Damit eine Begegnung über den Gräbern stattfinden konnte, mussten hier geordnete Gräber entstehen und christliche Bestattungen stattfinden. Hierfür legte Pastor Meyer den Grund. Die

Besonderheit der Gedenkstätte liegt aber gleichzeitig darin, dass die Grabpflege und die Verantwortung gegenüber den Toten in eine christliche Verantwortungsethik eingebettet waren, die die Pflicht zur Einmischung in den gesellschaftlichen Diskurs beinhaltete, wie sie in der Nachfolge Meyer durch Pastor Richter umgesetzt wurde. Diese Arbeit stand im Gegensatz zur Mehrheitsgesellschaft in Deutschland und auch zur Mehrheit der evangelischen Kirche. Das gibt der Gedenkstätte Ladelund eine Sonderstellung in den KZ-Gedenkstätten. Ladelund ist nicht einzigartig aufgrund der hier verübten Verbrechen, es ist einzigartig, weil hier wegweisend eine Versöhnungsarbeit begonnen wurde, die ihrer Zeit voraus, Zeichen gesetzt hat, die zur Demokratisierung Deutschlands beitrugen.